

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 91 (2016)
Heft: 12

Artikel: Wider die Political correctness
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737929>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wider die Political correctness

Die Möglichkeit, dass nun wieder ein Nationalrat den SCHWEIZER SOLDAT mundtot machen will, ist uns bewusst. Dennoch müssen wir vor einer Gefahr warnen, die unser freiheitliches Staatswesen mit Psychoterror zu überziehen droht. Gerhard Pfister ruft im Angesicht des Islams die christlichen Grundwerte in Erinnerung, die unser Land prägen – und erntet dafür in der Arena den läppischen Vorwurf, er betreibe Hetze und eröffne einen Kulturmampf.

Was hielt Nationalrat Pfister, einer der differenzierteren Köpfe in Bundesbern, in der NZZ fest?

Er hatte den Mut zu sagen: «Ich glaube, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind christliche Werte. Die Wurzeln der Säkularisierung sind ein christliches Verdienst, sie erfolgte in Abgrenzung zum Klerus.»

In der Arena sprach Gerhard Pfister mehrmals von der Schweiz als «christlichem Land mit geschichtlich christlicher Prägung».

Heimtückische Waffe

Kaum hatte er seine Meinung ausgedrückt, die der historischen Wahrheit und heute noch der Meinung der Mehrheit entspricht, da schlug ihm von linker Seite der Giftpfeil entgegen, er betreibe Hetze.

Zum Glück ist Gerhard Pfister mit der *Political correctness*, dieser heimtückischen Waffe der politischen Linken, gut vertraut. Er kennt deren Hauptwaffe, die da lautet: «Wörter können töten. Hänge Deinem Gegner ein scharfes, giftiges Wort an – und du machst ihn mundtot.»

Wir alle kennen die Wörter: Blutdiamenten, Lauschangriff, Schnüffelstaat, Prügeltürke – und eben hetzen, Hetze, Hetzer.

Gerhard Pfister durchschaute das schäbige Manöver der Linken und verwahrte sich sachlich, aber bestimmt gegen den dümmlichen Vorwurf: Wer es in der Schweiz wagt, an die christlichen Grundwerte zu erinnern, die das Fundament unseres Staatswesens bilden, der betreibt deswegen noch lange keine Hetze.

Gesetze gelten für alle

Ihre Schärfe erhält die Debatte durch den Versuch des Islams, ins westliche Abendland vorzudringen.

Die besagte Arena drehte sich lange um die Forderung der Nationalräte Pfister und Walter Wobmann: «Muslime, die in unser Land kommen, müssen die Gesetze dieses Landes befolgen.» Oder im Klartext: Es geht nicht an, dass Mohammedaner, die in

die Schweiz kommen, eine eigene Parallelgesellschaft mit eigenem Scharia-Recht aufzubauen.

Oder noch deutlicher: Wer in unserem Land bleiben will, der hat zu 100% unser Recht zu befolgen, nicht die grausamen Gebote der Scharia mit deren inhärenter Unterdrückung der Frauen.

Den Rechtsstaat durchsetzen

Das muss im Rechtsstaat Schweiz in aller Härte gesagt und durchgesetzt werden:

- Es geht nicht an, dass in der Schweiz zwölfjährigen Mädchen der Ehemann vorgeschrieben wird.
- Es geht nicht an, dass ein Mann vier Frauen hat. Wir kennen und befolgen die Ehe.
- Es geht nicht an, dass Frauen zu Tode gesteinigt werden.
- Es geht nicht an, dass dem Dieb der Arm oder die Hand abgehackt wird. Wir bestrafen den Dieb, aber human.
- Wir verlangen, dass Knaben ihre Lehrerinnen anerkennen. Wir verpflichten in Schulen auch Knaben zur Höflichkeit gegenüber Lehrerinnen.
- Und so weiter.

Hanebüchene Behauptungen

Das sind nun exakt die Postulate, welche die Gralshüter der *Political correctness* um jeden Preis zu unterdrücken suchen.

Geradezu groteske Züge nahm die Arena an, nachdem Nationalrat Wobmann zu Recht die Frage aufgeworfen hatte, ob für die Christen in den streng islamistischen Gegenden des nahöstlichen Spannungsbogens Gegenrecht gehalten werde.

Von islamischer Seite wurde Wobmann zuerst – billig genug – der Rat erteilt, er möge einmal in den Orient reisen. Dann verstieg sich der blasierte Sprecher der Muslime zur im wahren Wortsinn «unerhörten» Behauptung, die Christen im Nahen Osten würden gut behandelt.

Das gehört wohl auch zur *Political correctness* im Schweizer Fernsehen: Dass der



Archivbild

Die politisch korrekte Zusammensetzung eines repräsentativen Gremiums.

Repräsentant einer Minderheit «ungestrafft» hanebüchene Behauptungen in die Welt setzen darf:

- Kein Wort von den Christenverfolgungen in Syrien,
- kein Wort von der Tatsache, dass in der Türkei von den einstmals 33% Christen gerade mal 0,2% übrig bleiben,
- und kein Wort von der Flucht der drei Viertel (75%) Christen aus dem Irak.

Lügen haben kurze Beine

Lügen haben manchmal Methode. 2004 referierte ich im mittlerweile vergriffenen Buch «Die verkaufte Wahrheit» über die Diskussion zur Kausalhaftung der Medien, die ich ausdrücklich ablehnte.

Dennoch wurde ich ins Radiostudio DRS zu einer Debatte mit dem damaligen «Oberensor» der politisch Korrekten eingeladen. Bald spürte ich, worum es ging: Der «Superensor» behauptete, ich wolle die Kausalhaftung einführen, was nachweisbar falsch ist – und ich dementierte.

Als wir nachher zum Tram gingen, hielt ich dem Oberensor vor: «Du weisst doch genau, dass ich das nie forderte.» Seine Antwort: «Aber du könntest es einmal gefordert haben.»

fo. ☐